

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 3.50, vierteljährlich 10.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 10.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., Reklamezeilen 1.25 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Schriftleitung: Ch. Gack, beide in Wildbad.



Nummer 86

Wildbad, Freitag, den 16. April 1920.

54. Jahrgang

Neuer Putsch-Versuch?

Die Berliner Blätter verbreiten wieder aufregende Mitteilungen über einen neuen Putsch, der sich angeblich wieder vorbereiten soll. So wird dem „Berl. Tageblatt“ aus Pommern geschrieben, noch nie seien so viele Baltikumtruppen in Pommern gewesen, wie jetzt. Sie werden von einer Stadt zur andern geschoben als sogenannte „liegende Kolonnen“. Von Entlassung keine Spur. Wer besetzt die Truppen, wer verpflegt sie? Die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten“ teilen mit, die Regierung habe solche Maßnahmen getroffen, daß die Putschgefahr in Pommern in 14 Tagen beseitigt sei.

Vom Reichswehrkommando I in Berlin erfährt man die „Voss. Ztg.“, die Truppen in Pommern seien unbedingt verfassungstreu. An ihrer Spitze steht Generalmajor Weber, ein sehr umsichtiger, ruhiger, durchaus regierungstreuer Mann, der u. a. an der Spitze der Offiziere des Reichswehrministeriums stand, die General v. Lüttich am 17. März zum Rücktritt aufforderten. Aufmerksamkeit sei allerdings darauf zu verwenden, daß ein großer Teil der ehemaligen Angehörigen der Eisernen Division als Landarbeiter auf pommerschen Gütern tätig ist. Aber diese rente können nichts unternehmen, solange in Pommern die Reichswehr regierungstreu ist.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Deutschland noch einzelne Verschwörerherde bestehen. Es handelt sich um Dinge, die bereits das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, die „Freiheit“, anzudeuten schien, als sie schrieb: „Einige monarchistische Offiziere haben den Versuch gemacht, sich an die radikalen Parteien zu verkaufen“. Tatsächlich besteht seit einigen Tagen eine durchaus nicht leicht zu nehmende Verbindung zwischen einigen kommunistischen Gruppen und einer Anzahl ebenso unüberlegter, wie tatkräftiger Offiziere, von denen man nicht weiß, welche Gefolgschaft sie besitzen. Man weiß, welche Verwirrung ein paar hundert Bewaffneter in diesen Zeitläuften anrichten können. Der Plan geht auch diesmal wieder dahin, die Regierung an sich zu reißen und gemeinsam mit Rußland den Kampf gegen Frankreich aufzunehmen. Augenblicklich sind fast in allen deutschen Gauen einzelne Teile des Offizierskorps um ihre Stellungen besorgt und die Mannschaften mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden, viele Tausende deutscher Männer, der bürgerlichen Beschäftigung entzogen, sind gerne bereit, als Landknechte Waffen Dienste zu tun. Allerdings gibt es keine Partei in Deutschland von rechts und von links, die als solche neue Putsche und gewaltsame Aufstände billigt. Aber es gibt auch keine Partei, die heute für ihre Anhänger so weit bürge kann, daß die Führer in der Lage sind, irgendwelche Gewähr dafür zu übernehmen, daß Deutschland nicht eines Tages wieder unter einem neuen Schreden erwacht. Wenn die Vorbereitungen jener rotenweißen Putschler zur Tat reifen könnten, so würde das nicht nur eine Gefahr für die Demokratie und die Republik sein, sondern es würde den völligen Zusammenbruch Deutschlands bedeuten.

Der „Vorwärts“ schreibt: Aus Vorpommern erfahren wir, daß die Zeitfreiwilligen noch nicht entlassen sind. In Greifswald halten die dortigen Zeitfreiwilligen, Studenten, fortgesetzt Übungen im Scharsschießen und im Handgranatenwerfen ab. Von der Entlassung der Baltikumtruppen ist gar keine Rede. Oberst Bichoff hat kurz nach Ostern in Greifswald mit einer großen Zahl von Offizieren sich aufgehalten und sich öffentlich über seine Pläne unterhalten. Gegen ihn ist ein Schutzhaftbefehl erlassen.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Wir sind nicht in der Lage, die mehr oder weniger sensationellen Nachrichten aus ihre Richtigkeit nachzuprüfen. Sollten aber in der Tat Verschwörer und unpolitische Köpfe sich mit Umsturzplänen tragen, so können wir sie nur davor warnen. Unter Vaterland bedarf der Ruhe, und es ist jetzt nicht jedes einzelnen, seinem Unmut und seiner Verwundung über die jetzigen Zustände die geschnittenen Schranken aufzulegen. Jeder, der von diesem Wege abweicht, liefert den bolschewistischen Plänen des Radikalismus Vorschub.

Der Bezirksverband Groß-Berlin der sog. Partei fordert die Genossen auf, sich in Waffen in die Listen der bewaffneten Wehr einzutragen zu lassen.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei erwartet, daß ihre Parteifreunde Umsturzplänen entschlossen entgegenwirken.

Das „Berl. Tagebl.“ teilt mit, der britische Geschäftsträger in Berlin, Lord Kilmanrock, habe einem Vertreter des Blatts gegenüber gesagt, ein neuer Militärfutsch würde nach seiner Ueberzeugung in England die größte Enttäuschung hervorrufen. (Der englische Agent Trevelyan-Vincos, ein geborener Ungar, ist aber der Vertrauensmann der „Kapp-Regierung“ gewesen und hat deren Anrufe usw. verfaßt.)

Deutsche Nationalversammlung

Berlin, 14. April.

Kein schöner Tag heute im Sitzungssaal des Reichstags. Der Abgeordnete Otto Braß (Unabhängig) hielt eine fast dreistündige Rede über die Ereignisse im Ruhrgebiet und anderes, wie sie Millerand sich zur Begründung seines Ueberfalls nicht besser wünschen konnte. Braß behauptete schlanweg, nicht 18 000 Mann, wie die Regierung festgestellt habe, sondern 80 000 Mann Reichswehrtruppen seien ins Ruhrgebiet geschickt worden (nach dem Abkommen vom August 1919 hatte die Entente 14 000 Mann zugestanden). General Watter habe durch seine Freisprechung für die Waffenablieferung die Arbeiter herausgefordert, um einen Vorwand für den Einmarsch zu schaffen. Der Aufstand sei überhaupt nur eine Abwehr gegen den Kapp-Putsch gewesen. Reichspostminister Giesberts, der von der Regierung zu Verhandlungen ins Ruhrgebiet entsandt worden war, trat den Behauptungen des Abg. Braß sofort entgegen. Es sei nicht wahr, daß der Aufruhr durch den Kapp-Putsch verursacht sei, sonst hätten schon 24 Stunden nach dem ersten Auftreten Kapps viele Tausende von Reichswehrtruppen wohlbewaffnet und in besserer Organisation auf dem Plan sein können. Der Aufstand sei vielmehr schon lange Zeit vorher sorgfältig vorbereitet gewesen für die Zeit, wo nach dem Augustabkommen mit der Entente die Reichswehrtruppen ganz aus der neutralen Zone zurückgezogen werden mußten. Reichswehrminister Giesler wies dem Abg. Braß nach, daß er der feindlichen Rheinlandkommission Dokumente ausgeliefert habe, die Millerand dann für seine Eroberungsabsichten als Verweisungsgrundlage dienen mußten. Das Haus geriet in maßloses Erstaunen, denn es wurde nicht mehr bezweifelt, daß die verlennderische Dege der französischen Sabotage-Agentur sich auf die Anreden stütze, die ein deutscher Abgeordneter geliefert hatte. Die Erregung war ungeheuer. Rufe wie: hinaus mit dem Lumpen! Hochverräter! Schuft! u. a. flogen durch den Saal. Dann gab es noch ein Hebeln zwischen dem Abg. Kahl (Deutsche Volkspartei) und dem neuen Reichsjustizminister Blund (Dem.). Kahl wies die gestrige Behauptung Blunds, daß die N. A. an dem Kapp-Putsch mitschuldig sei, mit außerordentlicher Schärfe zurück und er warf dem Minister Mißbrauch des Amtes vor. Seine Rede sei die eines Winkeladvokaten (Blund ist im Zivilleben Rechtsanwalt) gewesen, wie die eines Ministers so unwahr und verlebend gesprochen. Blund solle die Hochverräter da suchen, wo sie wirklich sitzen. Der Minister antwortete mit kaum geringerer Erregung. Bei Braß könne von Hochverrat nicht gesprochen werden, aber wegen des Verdachts des Landesverrats werde er eine Verurteilung gegen Braß veranlassen. Abg. Braß selbst ergriff noch einmal das Wort. Er sprach von der „Hohen Kommission“ (der feindlichen Verbände) und erklärte, er ziehe die Besetzung des Ruhrgebiets durch feindliche Truppen der Reichswehr immer noch vor. Diese Worte entzündeten einen neuen Sturm der Enttäuschung. Man war herzlich froh, als der Präsident in der neunten Stunde die Sitzung schloß.

Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Braß (U.S.P.): Es ist Schwindel, daß ein Putsch von links von langer Hand vorbereitet gewesen sei. Wenn ein Schuß der Ruhrbergwerke nicht zu vermeiden ist, so ist eine Besetzung seitens der Entente derjenigen durch die Reichswehr vorzuziehen, denn es handelt sich um eine Sache der europäischen Arbeiterschaft. Es ist verblöndlich, daß gegenüber dem militärischen Druck der Gedanke an eine Räterepublik auftaucht.

Leider übertrag man die Ausführungsbestimmungen des Viesfelder Abkommens dem General v. Watter. Die Arbeiter konnten hierauf nicht eingehen. Die Regierung scheint es ja auch eingesehen zu haben. Ein Teil der Arbeiterschaft hat sich schlichten müssen unter dem Schutz der Entente vor dem Wüten der Reichswehr. Die Regierung muß sich mehr auf die organisierte Arbeiterschaft stützen.

Reichspostminister Giesberts: Meine Aufgabe im Ruhrgebiet war, alles zu versuchen, um Bürgerkrieg und Bürgerkrieg zu vermeiden. Bürgerkrieg, Beamtentum und meine Kreise der Arbeiterschaft waren sich einig, daß das schlimmste passieren mußte, wenn die Reichswehr abmarschiert, ohne daß Ordnung geschaffen wird. Nach den Viesfelder Verhandlungen hatte die rote Armee kein Hauptziel mehr. Der Kapp-Putsch war erledigt. Das Nachrichtenwesen während des Putsches muß noch besonders untersucht werden. Vor allem sind die zu entwerfen, die ihre Waffen gegen die Regierung und Verfassung brauchten wollen. Hätte das Industriegebiet sich ruhig verhalten, so wäre der Kapp-Putsch viel schneller erledigt worden.

Reichswehrminister Giesler: Wir kommen nicht aus den jetzigen Verhältnissen heraus, wenn wir die Atmosphäre des Wüstens nicht zerstreuen. Dazu trug die Rede des Abg. Braß (U.S.P.) nicht bei. Bei den Verhandlungen in Viesfeld wurde er ersucht, uns das Material zu geben. Er hat es nicht getan. General v. Watter hat erklärt, er habe alles getan, um zu verhindern, daß Freikorps nach Berlin kommen. Refreniert werden muß der Nachrichten- und der Aufklärungsdienst der Reichswehr. Im Nachrichtendienst laufen eine Anzahl Ereignisse herum, die gemeingefährlich sind. (Zurufe: Auch im Nachrichten!) Wir wollen die Truppen aus dem Ruhrgebiet ziehen, aber das können wir erst, wenn das Gebiet von Waffen gesäubert ist. Wenn jemand (Braß) sagt, er sehe lieber die Entente als die Reichswehr einmarschieren, so kann ein solcher noch nicht einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern haben. Wenn Hr. Braß wieder nach Koblenz zur Rheinlandkommission geht, um über deutsche Dinge Auskunft zu geben — denn er geht nach Koblenz — (Hört, hört!), so soll er doch die Wahrheit sagen und nicht wieder auszusagen, es ständen nicht 18 000, sondern 80 000 Mann in der neutralen Zone. (Rufe: Unerbittl! Raus! Schuft! Verräter!) Braß hat auch Dokumente, die wir von ihm nicht erhalten konnten, an die Entente gegeben. (Andauernde Wutrufe aus allen Seiten des Hauses.) Die Waffenablieferung ist bis jetzt ganz ungenügend. Wer will, daß wir nicht fälschlich der Ruhr einräumen, der sorge dafür, daß dort die Waffen abgeliefert werden. Oberst Kapitan Erhardt ist fälschlich erlassen. Wir werden versuchen, die Brigade Erhardt im Gauen aufzulösen. Wenn das nicht geht, wird sie mit Gewalt aufgelöst. Die auf Giesler in Pommern sich noch befindenden Reste von Baltikumtruppen müssen auch weg. Wir müssen die Reichswehr ausbauen. Die Truppe erwartet von der Nationalversammlung ein Wort der Anerkennung. (Bravo!) Die Sicherheitswehr hat ebenso Anspruch auf Dank. Eine parlamentarische Kommission muß zur Untersuchung der Greuel im Ruhrgebiet nach dort gehen. Unerhörte Greuel sind von der sogenannten roten Armee verübt worden.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.): Der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet war nach unserer einmütigen Ueberzeugung eine absolute Notwendigkeit. Frankreichs Haltung war nicht verwerflich. Die anderen Alliierten scheinen mehr Verständnis für die Lebensnotwendigkeit Europas zu haben.

Abg. Kahl (D.Vp.): Dem Reichsjustizminister Blund fehlen wesentliche Voraussetzungen für sein Amt, das er gestern mißbraucht hat. Der Reichsjustizminister hat die Aufklärung der Deutschen Volkspartei entstellt. Von einer „neuen Regierung“ haben auch demokratische Blätter gesprochen. Wo war denn die alte Regierung? Unverantwortlich und leichtfertig war das Vorgehen des Justizministers. Ich kann auf Ehre und Gewissen versichern, daß meine Partei weder mittelbar noch unmittelbar von dem Putsch gewußt hat. Die Rede Blunds war die eines Winkeladvokaten. (Präsident Fehrenbach rügt diesen Ausdruck.)

Justizminister Blund: Abg. Kahl hat sich zu Entstellungen und Verdrehungen hinreißen lassen, die ich ihm nicht zugetraut hätte. Meine Feststellungen waren durchaus zutreffend. Sie haben den verbrecherischen Wahnsinn der Kapp und Genossen nicht bekämpft. Sie tragen mit der Verantwortung für diesen Hochverrat. Von der Affäre Braß habe ich erst durch die Rede des Reichswehrministers Kenntnis bekommen. Hochverrat kommt nicht in Frage. Wegen Landesverratsverdacht werde ich noch heute beim Reichsanwalt die nötigen Schritte tun. (Bravo!) Die Verbrecher sollen bestraft werden.

Reichschancellor Müller erklärt das von Braß erwähnte Telegramm des Vorsitzenden der U.S.P.D. aus Dautoburg, dessen Echtheit Braß angezweifelt hatte, für echt.

Abg. Quast (S.): Die Einwohner des Malngaus haben die Reichswehr nicht nötig, sei werden die französische Besatzung ertragen müssen.

Abg. Braß (U.S.P.): Dokumente, die der Regierung nicht bekannt gewesen wären, habe ich dem französischen Journalisten nicht gegeben. Das ich Dokumente bei meiner Anwesenheit im Ruhrgebiet der Regierung nicht gegeben habe, lag daran, daß sie nicht in meinen Händen waren. Eine Rücksprache zwischen mir und der hohen Kommission hat am 7. April, nachm. 4 Uhr, stattgefunden wegen der Unmöglichkeit, die Hunderttausende von Flüchtlingen im Wuppertal zu beherbergen. Im Interesse der Ruhe und Ordnung mußte erzwungen werden, was geschehe, wenn die Flüchtlinge in das besetzte Gebiet übertraten. Wir hörten, sie sollten interniert werden.

Abg. Falk (D.Vp.): Wenn Herr Braß schon im besetzten Gebiet war, warum ist er dann nicht auch zu den deutschen Behörden gegangen.

Millerands Erklärungen.

Paris, 14. April.

Zu der gestrigen Kammer Sitzung legte Ministerpräsident Millerand die Ereignisse dar, die die deutsche Regierung veranlaßten, mehr Streitkräfte in die neutrale Zone einmarschieren zu lassen, als ihr gestattet gewesen sei. Das Verlangen Deutschlands sei zuerst aus den militärischen Kreisen gekommen, die einen Staatsstreik unternommen hätten. Dagegen habe er am 16. März dem französischen Botschafter nach London telegraphiert, die Verbündeten würden einen nicht wieder gut zu machenden Fehler begehen, wenn sie sich nicht gegen Gefahren schützten, deren Ernsthaftigkeit die augenblicklichen Ereignisse zeigten. Am 19. März habe er dem Botschafter telegraphiert: „Ich widersehe mich formell dem Einmarsch der deutschen Truppen ins Ruhrgebiet, den die Regierung Vance verlangt.“

Der Standpunkt der französischen Regierung sei gewesen, daß gewisse Bürgerchaften dafür gegeben werden müßten, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht verletzt werde. Am 21. März habe er dem französischen Botschafter telegraphiert, wenn die Deutschen selbst die Unruhen im Ruhrgebiet niederzuschlagen wollten, dann gäbe es nur eine genügende Bürgerchaft, ein Band. Die französische Besatzung sollte je nachdem, wann die Deutschen ihre Truppen zurückzögen, endigen. Marschall Foch sei bereit gewesen, Frankfurt und Darmstadt im Namen der Verbündeten zu besetzen. Die französische Regierung habe in keinem Augenblick gegenüber der deutschen eine unverdächtige Stellung eingenommen. Am 30. März habe die französische Regierung neue Gründe gehabt, an der Rüksicht der deutschen Maßnahmen im Ruhrgebiet zu zweifeln angesichts des Zeugnisses eines französischen Generals, der feststellt, daß die Ordnung im Ruhrgebiet nur im Falle eines militärischen Einschreitens bedroht sein würde. Was man nicht wünschen müsse, sei ein Einschreiten, denn es könne schwere Unruhen hervorrufen.

Dann erinnert Millerand daran, daß die deutsche Regierung trotz dieser Weigerung Frankreichs ohne Ermächtigung eingegriffen habe. Er habe alsdann den verbündeten Regierungen eine Note an die deutsche Regierung mitgeteilt und erklärt, er zweifle nicht daran, daß die verbündeten Regierungen geneigt seien, die französische Regierung tätig zu unterstützen. Er verkenne die Schwierigkeiten nicht, mit denen die deutsche Regierung zu kämpfen habe. Heute wie gestern sei er bereit, dem Rechnung zu tragen unter einer Bedingung jedoch, daß die deutsche Regierung durch ihre Handlungen einen Beweis ihres guten Glaubens gebe.

Millerand schloß: Ich freue mich, der Kammer mitteilen zu können, daß die Kabinette von London und Paris erklären, daß die Auseinandersetzungen zwischen der französischen und der britischen Regierung dahin geführt haben, festzustellen, daß, wenn sich zwischen ihnen eine Meinungsverschiedenheit über die Mittel, die Ausführung des Friedensvertrags von Versailles sicherzustellen, herausgebildet hat, sie mehr denn je die Notwendigkeit erkennen, ihre innige und herzliche Zusammenarbeit für die Regelung der schwierigen Fragen, die ihrer in Deutschland und der Welt harren, aufrechtzuerhalten.

Louis Barthou erklärte darauf, die französische Regierung habe mit der notwendigen Klugheit und Entschlossenheit gehandelt. Sie müsse nunmehr in San Remo die gleiche Politik verfolgen.

Zu der Erklärung Millerands ist nicht viel zu bemerken. Die gleiche Heuchelei, die in Millerands Noten über die „Notwendigkeit einer genügenden Bürgerchaft“ sich breit macht, zeichnet auch seine Erklärung vor der französischen Kammer unvorteilhaft aus. Millerand ist klamiert und diese Blamage wärdt er nicht mehr ab. Die lächerliche Lüge, als habe die „deutsche Militärpartei“ das Vorgehen gegen die Aufrührer im Industriegebiet veranlaßt, würde ihm trotz des angeblichen Zeugnisses eines französischen Generals kein Kind mehr glauben, auch wenn nicht von Seiten der deutschen Regierung die häßliche Erklärung vorläge, daß das Truppenangebot ausschließlich auf ihre Entscheidung zurückzuführen sei. Man braucht doch wahrhaftig keine „Militärpartei“ dazu, um zu wirken, daß man eine Nordbrennerei von etwa 60 000 wohlbewaffneten und wohlorganisierten Banden nur mit militärischer Gewalt meistern kann. Wozu hat denn der Verband Deutschland denn überhaupt noch den winzigen Rest von Heer gelassen, wenn nicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern des Reichs? Zu kriegerischen Unternehmungen nach außen wäre unsere „Truppenmacht“ ja nicht einmal den angrenzenden Kleinstaaten mehr gewachsen; wie sollten die Heere der Verbündeten ihr nicht gewachsen sein! Es hat Millerands Ruhm nicht erhöht, wenn er seine Politik wieder mit solchen Ungereimtheiten zu rechtfertigen suchte.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London sollen — nach Millerand — nach einem aufrichtigen Meinungsaustrausch aus der Welt geschafft sein. Das ist aber doch wohl nur so zu verstehen, daß England es sich verbittet, daß Frankreich ungehindert sich Dinge erlaubt, die mit den britischen Interessen nicht vereinbar sind. Das mußte Millerand versprechen; vielleicht hat auch gewisse Zusagen in bezug auf Syrien gemacht, sobald es die britische Regierung, nachdem sie ihren Standpunkt mit gewohnter Entschlossenheit geltend gemacht hat, nun auch mit dem Zeitpunkt der Zurückziehung der französischen Einfallstruppen nicht mehr allzu genau zu nehmen braucht. In San Remo sehen sich die Herren wieder, auch Marschall Foch wird dabei sein; da wird dann die Sache vollends ins Reine gebracht werden. So viel aber kann man jetzt schon sagen, daß England bei dem Streit all kein schlechtes Geschäft gemacht hat, wenn es auch vorläufig nicht mehr erreicht hätte, als daß Frankreich, das die Führung im Verband zu übernehmen Lust zeigte, wieder an seinen Platz in der zweiten Reihe vertrieben ist.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 13. April.

Besprechung der Regierungserklärung.

Abg. Teimborn (3.) fährt fort: Die Rheinländer lehnen den rheinischen Pufferstaat ab. In zivile Handlungen soll das Militär sich nicht einmischen; aber wenn einmal militärische Handlungen im Gange sind, dann sollen sich auch die zivilen Behörden nicht einmischen, sonst gibt es auch hier eine Nebenregierung. Herr Severing hat die besten Absichten, aber gegen seine Tätigkeit sind von meiner Partei in Weisungen schärfere Bedenken laut geworden. Ein einseitiges Hervortreten sozialdemokratischer Anschauungen in dem Vorgehen der Regierung im Ruhrgebiet verträgt sich nicht mit dem Geiste der Koalition. (Hört, hört!) Das Ruhrgebiet darf nicht von militärischem Schutze entblößt werden. Die Waffenablieferung muß streng durchgeführt werden. Die vorgehenden Truppen müssen die nötigen Nachmittel haben, eventuell müssen besondere Kriegsgeschichte mit zivilen Besitzern errichtet werden. Die staatliche Autorität muß jetzt nach rechts und links ihre Pflicht tun. Ein weiches Begnadigungsrecht würde die Waffe der Truppe abstumpfen. (Beifall.) Die Reichswehr hat sich im Ruhrgebiet große Verdienste erworben. Sie ist neben der Verfassung die wichtigste Säule des Reichs. Der Vorkriegs Egoismus der Gewerkschaften, D. Schr.) bewegt sich in der Richtung, der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft im Staat eine Vorkerrschaft zu schaffen. Eine reine Arbeiterregierung lehnen wir ab, auch die auf dem Boden des Intrums stehenden Arbeiter.

Reichshausier Müller: Binnen kurzem hoffen wir, Ihnen die Verlagen vorzulegen, die ich Ihnen angekündigt habe. Wir haben mit der Gesamtheit der Verbündeten verhandelt, daneben aber auch direkt mit der französischen Regierung, ebenso mit London und Rom. Ich habe keinen Zweifel, daß die Kommunisten seit langem auch im Ruhrgebiet etwas vorgehabt haben. Wenn der Rapp-Putsch nicht gekommen wäre, wäre es ein Kinderpiel gewesen, mit ihnen fertig zu werden. Den Ruhrhauptmann Holz kann man keiner Partei anhängen. Die Regierung hat eingegriffen, sobald die sächsische Regierung militärische Hilfe anforderte. (Lärm.) Im Ruhrgebiet konnten wir nach dem Wortlaut des Versailles Vertrags dann erst vorgehen, als wir die Ueberzeugung hatten, daß die gesamte Bevölkerung es verlangte. Die Forderung der Gewerkschaften wurden uns von einer Abordnung vorgetragen, die ich unter Hinzuziehung des Ressortministers empfangen habe wie andere Abordnungen. Ein Ultimatum ist uns nicht gestellt worden. Aus den Gebieten südlich der Ruhr haben wir dringende Bitten erhalten, nicht einzumarschieren. Der Einmarsch ohne zureichenden Grund würde uns auch internationale Schwierigkeiten bereiten. Die außerordentlichen Kriegsgesetze werden vermehrt werden. Von einem wahllosen Begnadigungsrecht ist keine Rede. Die Kritiken aus den Kreisen der Koalitionsparteien möchte ich nicht missen, aber im Rahmen des Vertrauens, das die Parteien zu der Regierung haben müssen.

Abg. Lachmann (D.nat.Vp.): Die gestrige Rede des Reichshausiers war eine reine Wahlagitation, die nicht über den Parteien stand. Die Regierung steht vollkommen unter dem Joche der sozialdemokratischen Gewerkschaften, auch im Falle Holz. Mit schönen Worten hat der Reichshausier gestern den französischen Militarismus angegriffen. Er hätte hinzufügen sollen: O, daß wir doch den deutschen Militarismus auch noch hätten, dann könnten wir uns dagegen wehren.

Reichsjustizminister Blund wendet sich gegen die Deutsche Volkspartei und deren Haltung bei der Rapp-Affäre. Er verurteilt den Aufbruch der Partei vom 13. März. (Stürmische Zurufe.) Bei dem Redakteur Schmitzer ist am 11. März bei einer Hausdurchsuchung ein vollständiger Organisationsplan des Putsches gefunden worden. (Großer Lärm.)

Abg. Dr. Most (D.Vp.): Der Minister scheint die Absicht gehabt zu haben, durch Art und Ton seiner Ausführungen jedes Zusammenarbeiten für die Zukunft unmöglich zu machen. Es ist eine ungeheuerliche Uebertreibung zu sagen, daß die Rappisten am Aufbruch Schuld seien. Man rechnete im Ruhrgebiet allgemein mit einem Aufstand. Er kam früher, er kam durch den Generalfreik. Der Generalfreik hat den Boden bereitet für die Rote Armee. Das Streben nach Militärdiktatur ist Hochverrat, das Streben nach der Räterepublik aber auch.

Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr: Fortsetzung der Besprechung.

Neues vom Tage.

Besprechung in Berlin.

Berlin, 14. April. General v. Watter, der gestern hier eintraf, hatte im Beisein Severings eine längere Besprechung mit dem Reichspräsidenten Ebert. Wie verlautet, werden die militärischen Unternehmungen im Ruhrgebiet in den nächsten Tagen zu Ende sein.

Aus dem Beamtenbund.

Berlin, 14. April. Die Haltung des Vorstands des Beamtenbunds bei den Beschlüssen der gewerkschaftlichen Organisationen über den Generalfreik und die Beendigung desselben hat in den verschiedenen Landesorganisationen der Beamten scharfen Widerspruch gefunden, namentlich wurde der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Eisenbahnreferent Laug, der ohne Vorwissen des Bundesvorstands die Beschlüsse der Gewerkschaften mit unterzeichnete, getadelt. In der gestrigen Sitzung des Gesamtvorstands wurden die Streitfragen erörtert und nach langen Verhandlungen eine Einigung erzielt.

Re er Putsch?

Berlin, 14. April. Der „Vorwärts“ wtl erfahren haben, daß ein neuer Putsch der Rappisten in Vorbereitung sei und ermahnt die sozialdemokratische Partei zu größter Wachsamkeit. Die „Arbeiterzeitung“ erklärt die Putschmeldung als ein plummes Wahlmanöver der Linken. Nach dem Rapp-Putsch werde selbst ein minderbegabter Politiker nicht mehr an einen Handstreich denken.

Die Reichskommissare in Süddeutschland.

München, 14. April. Die bayerische Regierung stellt fest, daß die in Aussicht stehende Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung von Reichskommissaren auf Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen keine Anwendung finden wird.

Der Untersuchungsausschuß.

Berlin, 14. April. Im zweiten Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der heute nach 5monatiger Pause seine Arbeiten wieder aufnahm, erklärte Graf Bernstorff, er sei auch heute noch der Ansicht, daß durch eine Friedensvermittlung Wilsons ein Frieden herbeigeführt worden wäre und daß ohne den Tauchbootkrieg ein Krieg mit Amerika nicht entstanden wäre. Die Bemerkung Wilsons im Senat, Amerika wäre in den Krieg gekommen, auch wenn

Deutschland keine feindlichen Akte gegen Amerika vorgenommen hätte, hätte sich auf die Ablehnung der amerikanischen Friedensvermittlung bezogen. (?) Bernstorff glaubt nicht, daß man in Amerika an eine Gebietsabtretung in Westpreußen gedacht habe.

Zimmer noch der Holz.

Planen i. B., 14. April. Die Leute des Kommunisten Holz, die nach Auerbach geschickt sind, haben bei Jwetental die Eisenbahnbrücke zerstört und die Gleise gesprengt. In Schönck wurden heute eine Anzahl Rotgardisten von Reichswehrruppen festgenommen und ihnen größere Geldebeträge abgenommen.

Die Reichswehr ist heute, von der Bevölkerung freudig begrüßt, in Planen eingedrückt. Auch in Klingental sind Reichswehrruppen eingetroffen.

Planen i. B., 14. April. Der Kommunist Holz hat mit seinen Leuten heute nacht Klingental plötzlich verlassen, nachdem er die geforderte 1 Million Mark von den festgenommenen Geiseln erhalten hatte. Gegen 4 Uhr morgens erschienen Holz und Genossen in sechs Automobilen in Auerbach, wo die Wagen von der Polizei und Einwohnerwehr angehalten wurden. Es entwickelte sich eine Schießerei; verletzt wurde jedoch niemand. Die Polizei konnte vier Automobile festhalten und die Insassen verhaften, während Holz mit den beiden anderen Wagen entkam.

Leipzig, 14. April. Generalkommandant v. Stoßmann teilt der Bevölkerung des Vogtlands mit, daß die Reichswehr beauftragt sei, die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen. Es werde nur von der Waffe Gebrauch gemacht, wo den Truppen Gewalt entgegengesetzt werde. Als Zivilkommissar ist den Truppen Otto Schulz beigegeben worden. — In Glauchau hat der Kommunist Radler einen Volkzugrat und „Brandkommissionen“ gebildet, die das Niederbrennen von Häusern leiten sollen.

Prag, 14. April. Aus Bilsen wird gemeldet: In der Nacht zum Mittwoch wurden in Aisch zwei Kommunisten angefaßt, die die Grenze überschreiten wollten. Sie wurden von unseren Organen entwaffnet und interniert. Kommunistische Abteilungen in Stärke von 2000 Mann befinden sich zu beiden Seiten der Straße von Klingenthal nach Mariabrunn. Sie sind außer mit Handgranaten mit etwa 20 Maschinengewehren bewaffnet. Tschecho-slovakische Truppenabteilungen längs der Grenze verwehren ihnen den Uebertritt auf das Gebiet der Republik.

Gießen, 14. April. In Hamborn machten die roten Banden einen menschenwürdigen Ueberfall auf eine Abteilung Reichswehr und nahmen sie gefangen. Nachher fand man 17 Leichen der Gefangenen, die vollständig entleidet und teilweise verfaulen waren. — In Darmen suchten rote Banden den Bahnhof und die Hauptpost zu besetzen und zu plündern. Sie wurden durch die Sicherheitswehr vertrieben.

Die deutschen Schiffe in Amerika verkauft.

Newyork, 14. April. (Reuter.) Alle deutschen Schiffe, die während des Krieges von der Regierung übernommen wurden, sind jetzt an private Unternehmungen verkauft worden.

Französisch belgisch Militärabkommen.

Paris, 14. April. Der belgische Botschafter erklärte einem Vertreter des „Petit Journal“, der Abschluß eines militärischen Bündnisses zwischen Frankreich und Belgien sei unmittelbar bevor.

Auffsehen erregende Verhaftung.

Paris, 14. April. Ein ehemaliger Kammerherr des Zaren Nikolaus wurde am Montag auf dem Nordbahnhof verhaftet. Er soll Verbindungsman zwischen zwei Organisationen in Berlin und Paris gewesen sein, die für die Wiederaufrichtung des Zarenreiches und die Unterdrückung der polnischen Republik eintreten wollten.

Sehr angenehm berührt.

London, 14. April. „Daily Chronicle“ schreibt, die englische Regierung sei sehr angenehm berührt über die schnelle und herzliche Weise, mit der Frankreich den englischen Wünschen entgegengekommen sei.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

Newyork, 14. April. In den Staaten Philadelphia, Baltimore und Trenton ist eine weitere Ausdehnung des Streiks zu verzeichnen. Mehrere Fabriken in Detroit haben schließen müssen, wodurch mehrere hunderttausend Arbeiter beschäftigungslos wurden. Auch in Ohio mußten mehrere Fabriken schließen. In Philadelphia mußte der Eisenbahnverkehr vollständig.

Strenges Gesetz gegen Streikaufrüher.

Washington, 14. April. Ein Antrag im Senat verlangt, daß jeder, der einen Zivilsten zum Ausstand befragt oder zwingt, mit zehn Jahren Gefängnis oder Geldbuße von 10 000 Dollar bestraft wird. In der Begründung wird ausgeführt, daß die gegenwärtigen Ausstände bolschewistische Zwecke verfolgen.

Lokales.

— Schule und Reichsverfassung. Jeder Schüler und jede Schülerin, die mit Beendigung des Schuljahres 1919/20 aus der Volksschule, Mittelschule, höhere Schule, Fortbildungsschule, Gewerbe- und Handwerkschule ausscheiden bzw. ihrer Schulpflicht genügt haben, erhalten einen Abdruck der Reichsverfassung in einer Tasche, die mit dem Namen des Schülers zu versehen ist. Die Abdrücke werden auf Kosten des Reichs in der Reichsdruckerei hergestellt und mit den Taschen den Schulen in Balde zugefand.

— Der Papiergeldumlauf ist nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. März in der abgelaufenen Woche abermals um 2,6 Milliarden gestiegen und betrug an dem genannten Tag 45 169,7 Millionen Mark Reichsbanknoten und 13 731,4 Millionen Mark Darlehenskassenscheine, zusammen 58 901,1 Millionen Mark.

— Ausgabe von Briefmarken zu 10 und 20 Pf. Während die deutsche Reichspost früher im Gegensatz zu anderen Postverwaltungen große Zurückhaltung in der Ausgabe hochwertiger Briefmarken gezeigt hat, ge-



langen jetzt demnächst deutsche Briefmarken zu 10 und 20 M. zur Ausgabe. Erst unter Staatssekretär von Podbielski wurden Marken bis zu 5 M. ausgegeben, bei denen es verblieb.

Erhöhung der Schaumweinsteuer. Reichsfinanzminister Wirth hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt über Abänderung des Schaumweinsteuergesetzes vom 26. Juli 1918. Danach soll die Schaumweinsteuer künftig betragen für Schaumwein aus Fruchtwein 3 Mark für jede Flasche, für anderen Schaumwein 12 Mark für die Flasche. Es wird eine Nachsteuer erhoben. Schaumwein im Besitz von Privaten bleibt von der Nachsteuer befreit, sofern die Gesamtmenge nicht mehr als 10 Flaschen beträgt. Der Verbrauch an Fruchtwein betrug bisher 1140 000 Flaschen, an Traubenschaumwein 11 Millionen Flaschen. Da aber mit einem Verbrauchsrückgang infolge der Steuererhöhung und der Gebietsabtretung von 25 Prozent gerechnet wird, ist der Gesamtsteuerertrag nur auf 101 Millionen Mark (statt 135,4 Mill. M.) eingeschätzt.

Preiserhöhung für Kunsthonig. Das Reichsernährungsministerium hat den Kleinhandelspreis für das Pfund Kunsthonig auf 7,30 M. festgesetzt.

Freier Verkehr mit Bienenzucht. Die Zwangsbeschäftigung von Bienenzüchtern ist aufgehoben worden.

Das Befinden der Kaiserin hat sich nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ so verschlimmert, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß. Ihre Tochter, die Herzogin von Braunschweig, weilt am Krankenbett.

Mord. Der Pfarrer Niebus von Burglebenau bei Halle war am 20. März von einer bewaffneten Bande der Kommunisten ergriffen, durch mehrere Dörfer geschleppt und in Groß-Mummendorf einem roten Ausschuss abgeliefert worden. Seitdem fehlte jede Spur von ihm. Nun wurde seine Leiche mit eingeschlagenem Schädel aus der Saale gefischt.

Erdölwucher. Der Preis für Erdöl ist auf 5,30 Mk. das Liter hinaufgetrieben worden.

Das Handwerk und das Reichswirtschafts-parlament.

RH. Der Vorstand des Reichsverbands des deutschen Handwerks hat dem Reichskabinett den Antrag unterbreitet: 1. mit größtmöglicher Beschleunigung im Zusammenwirken der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs den § 165 der Reichsverfassung dahin zu erweitern, daß der hierin vorgezeichnete Reichswirtschaftsrat zu einem Reichswirtschaftsparlament ausgebaut wird. 2. Die alsbaldige Einberufung dieses Reichswirtschaftsparlamentes zu veranlassen.

Der Reichsverband des deutschen Handwerks fordert also in seiner Eingabe den Ausbau des Reichswirtschaftsrats von einer reinen Gutachterkammer zu einer vollwertigen Kammer der Arbeit. Insbesondere wird in der Eingabe verwiesen auf die Ereignisse der jüngsten Zeit und die Verhandlungen der Reichsregierung mit Vertretern der Gewerkschaften, die dahin geführt haben, daß den Gewerkschaften ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht an der weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzgebung versprochen wurde. Eine einseitige Bevorzugung der Gewerkschaften würde mit dem Geist der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sein. Es muß deshalb dafür gesorgt werden, daß ebenso wie die Gewerkschaften, auch die übrigen Mitglieder der schaffenden Berufsstände in gleicher Weise unmittelbar an den Regelungen gesetzgeberischer Fragen beteiligt werden. Das kann nur durch die Bildung einer Kammer der Arbeit geschehen, in der alle mit Kopf und Hand arbeitenden Mitglieder der berufstätigen Bevölkerung auf berufständischer Grundlage vereinigt sind.

Württemberg.

Stuttgart, 14. April. (Vom Landtag.) Der Abg. Bazille (V.P.) hat im Auftrag der Bürgerpartei und des Bauernbunds mit Rücksicht auf die durch die französischen Absichten geschaffene politische Lage die sofortige Einberufung des Landtags beantragt. — Die Abgeordneten Hermann Müller und W. Bider (Bürgerp.) haben folgende Anfrage an die Regierung gestellt: Nach Mitteilungen in der Presse soll eine wesentliche Verteuerung der Marmelade eintreten. Die Abnahme derselben zu diesen Preisen kann der Bevölkerung nicht zugemutet werden. Ist die Regierung bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß an Stelle der Zuweisung von Marmelade eine erhöhte Menge von Zucker zu Einmachzwecken zugewiesen wird?

Stuttgart, 14. April. (Um die Einwohnerwehren.) Im „Staatsanzeiger“ wird zu der Nachricht von der Auflösung der Einwohnerwehren in Baden Stellung genommen. In Württemberg sei die Mißbräuchliche Verwendung der Waffen durch die Einwohnerwehren verändert, weil die Waffenausgabe in die Hand der Regierung gelegt ist. Für Württemberg liege kein Anlaß vor, eine neue Verfügung zu treffen. Die württ. Regierung stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Auflösung der Einwohnerwehren unbedingt die Verstärkung jeder staatlichen Ordnung auch bei uns im Lande zur Folge haben müßte und deshalb unmöglich ist.

Stuttgart, 14. April. (Bayer verzichtet auf die Kandidatur.) Wie man hört, wird der Abg. v. Bayer für die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen nicht mehr kandidieren.

Stuttgart, 14. April. (Zucker statt Marmelade.) Der Lebensmittelhändler-Ausschuss des Württ. Bunds für Handel und Gewerbe nahm zur neuen Preiserhöhung der Marmelade Stellung. Es kam zum Ausdruck, daß die überwiegende Mehrheit der württ. Bevölkerung den dringenden Wunsch hat, an Stelle der teuren Marmelade eine entsprechende erhöhte Menge von Zucker zugewiesen zu erhalten. Die besonderen Verhältnisse Württembergs müssen berücksichtigt werden.

Stuttgart, 14. April. (Erhöhung des Straßbahntarifs.) Die Fahrpreise der Straßenbahn sollen nun doch erhöht werden. Die einfache Fahrkarte soll 40 Pfg. statt 30 Pfg. kosten, in Anbetracht der kurzen Strecke von 3 Ronen eine geradezu ungeheuerliche

Verteuerung. Die billige Monatskarte würde auf 20 M. statt 16 M. zu stehen kommen.

Stuttgart, 14. April. Ueber eine Besprechung des Generals Haas mit der Dortmunder Presse berichtet Landtagsabgeordneter Oster: Im Ruhrgebiet wird von gewisser Seite das Gerücht verbreitet, die in Dortmund und Umgebung anwesenden Truppen der Reichswehr seien Kappisten. Dasselbe Manöver der Kommunisten hat in den ersten Tagen nach Bildung der Roten Armee viele Arbeiter das Leben gekostet. Zum Schutze wichtiger Anlagen und Gebäude war in Dortmund eine Sicherheitswehr gebildet, die zu 60 Prozent aus organisierten Arbeitern bestand. Die Kommunisten denunzierten auch diese Wehr in den Vororten Dortmunds als Kappisten mit dem Erfolg, daß größere Abteilungen Arbeiter gegen Dortmund zogen und mit den vermeintlichen Kappisten in Kampf gerieten. Verluste an Toten und Verwundeten auf beiden Seiten. Viel zu spät wurde das Mißverständnis entdeckt und erschüttert fanden die Leberlebenden vor den Leichen ihrer eigenen Kameraden. General Haas wies die Pressevertreter Dortmunds ausdrücklich darauf hin, daß er und die ihm unterstellten Truppen im Auftrag der Reichsregierung da seien, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Alle Kreise der Bevölkerung werden ständlich und täglich Abordnungen, die um Schutz gegen den fürchterlichen Terror der sogenannten Roten Garde baten. Die Truppen hätten schon 6 Tage früher in Dortmund sein können, sie mühten jedoch die Befehle der Reichsregierung abzuwarten. Die ihm unterstellte Reichswehr sei vortrefflich, da er alle die Elemente aus seiner Truppe entfernt habe, die sich irgend etwas zu schulden kommen ließen. Im übrigen sei er der Auffassung, daß das Heer entpolitisiert werden müsse, sonst werde die Regierung ein Werkzeug der Truppen. Es müsse eine Sozialisierung der Bildung eintreten, um ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Um der Wiederkehr des in letzter Zeit herrschenden Terrors vorzubeugen, sei eine restlose Abgabe der Waffen erforderlich. Der Besitz der Waffen in den Händen einer gewalttätigen Minderheit sei eine Gefahr. Der angerichtete Schaden in Dortmund allein belaufe sich auf viele Millionen.

Anfänglich eines Gruenungstags in Langendreer fanden 15 brave Bergleute den Tod. Der Stab der Brigade Haas hat durch freiwillige Sammlung einen größeren Geldbetrag an den Bürgermeister dort zur Unterstützung der Hinterbliebenen überweisen lassen.

Frauenzimmern, O. A. Bradenheim, 14. April. (Erfolgreicher Protest.) Der Bauer Gustav Binder von hier wurde nach einer verächtlichen ergebnislosen Hausdurchsuchung wegen Verdachts von Schwarzschluchtungen durch Landjäger in das Amtsgerichtsgefängnis nach Bradenheim gebracht. Das erregte die Einwohner nach höchste. Die Bauern von hier begaben sich nach Bradenheim und verhandelten in Ruhe und Ordnung mit dem Oberamtsrichter. Die Folge davon war, daß Binder freigelassen wurde.

Geislingen a. St., 14. April. (Fischsterben.) Am letzten Freitag konnte man das Ableben tausender von Fischen in der Tils beobachten. Auch sind in Mottenstadt einige Enten an Gistererscheinungen verendet. Die Ursache soll in giftigen Säuren, die aus Fabriken stammen, zu suchen sein.

Geislingen a. St., 14. April. (Großfeuer.) In der Möbelschreinerei der Geislinger Maschinenfabrik brach heute nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr ein Brand aus, der sich rasch über den größten Teil der Fabrik verbreitete. Das große Vordergebäude und der Mittelbau standen schon um 1 Uhr in Flammen. Der Schaden wird auf Millionen geschätzt.

Alpirsbach, 14. April. (Noch eine Ziegelei.) Die große Falzziegelei hier wurde vom Hangegeschäft Stephan in Cannstatt auf den Abbruch erworben. Ein Teil soll allerdings umgebaut und für einen anderen Fabrikbetrieb nutzbar gemacht werden.

Laupheim, 14. April. (Vom Viberlesmarkt.) Die jungen Biberle (Gänse) sind beim letzten Markt im Preis gefallen, sie kosteten „nur“ noch 26 M., ein Preis, der einer Bäuerin nicht hoch genug war. Sie nahm ihre Ware (etwa 30 Stück) wieder mit heim und zwar in einem Käfig, den sie auf ihrem Bernerwägel geladen hatte. Als sie heimkam, war der Käfig wohl da, aber die Tiere waren auf Zimmerwiedersehen verschwunden und vermutlich gestohlen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Wetterlage sieht noch unter dem Einfluß der Depression im Nordwesten. Am Freitag und Samstag ist mehrfach bedecktes, ziemlich kühles, auch zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 14. April. Die Geh. Oberkirchenräte, Friedrich Mayer und Alexander Schend in Karlsruhe wurden von der Theologischen Fakultät zu Heidelberg zu Doktoren der Theologie ehrenhalber ernannt. Geh. Rat Dr. Mayer ist bekanntlich auch deutscher nationaler Landtagsabgeordneter.

Karlsruhe, 14. April. Das Schwurgericht verurteilte den Kaufmann Gwob. Hartmann aus Pforzheim und den Pfarrer Wilhelm Wienhardt aus Calw wegen Totschlags und schweren Raubs zu Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer. Die beiden hatten die Dirne Franziska Holt am 17. November in ihrer Wohnung in Pforzheim ermordet und beraubt.

Heidelberg, 14. April. Die Erneuerung des mehrheitlich sozialistischen Mitglieds der deutschen Nationalversammlung und Stadtrat Stod hier zum Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium ist jetzt erfolgt. Stod soll die Aufgabe haben, sowohl die Vorkommission während der Kapptage als die später gegen Offiziere und Formationen angestrichelten Auflagen zu untersuchen.

Brühl b. Schweigingen, 14. April. Zwei 5 und 7 Jahre alte Buben machten in der Scheuer des Landwirts Josef Wärtle ein Feuer. Sofort stand

das ganze Gebäude in hellen Flammen, die sich auch auf die anstoßenden Gebäulichkeiten ausbreiteten, sobald innerhalb kurzer Zeit die Anwesen der Landwirte Wärtle und Konrad Körber, sowie noch einige anstoßende Scheuern und Stallungen dem Brand zum Opfer fielen. Hierbei wurden u. a. 60 Jtr. Hen, 60 Jtr. Stroh und 25 Jtr. Getreide verbrannt. Der Schaden wird auf weit über 250 000 M. geschätzt.

Mosbach, 14. April. Landgerichtspräsident Josef Giesler wurde zum 1. Mai in den Ruhestand versetzt.

Freiburg, 14. April. Nach einer Darstellung der Finanzlage der Stadt Freiburg im Jahre 1918 betrug das reine Vermögen der Stadt 36 Mill. M. Gegenüber 1917 bedeutet dies eine Vermögensvermehrung um 1187125 Mark.

Freiburg, 14. April. Die Münsterbauverwaltung hat 18 Arbeiter gelündigt, die seit Jahren bei den Erneuerungsarbeiten am Münster beschäftigt waren, weil sie Betriebslosigkeit bei den heutigen Lohnsätzen den Rhein des Münsterbauvereins bedeuten würde. Der Schlichtungsschuss hat die Kündigung gutgeheißen.

Essenburg, 14. April. Die Brauereien Munding und Sammeth haben sich mit der Brauerei Armbruster vereinigt. Die Brauereien Munding und Sammeth werden ihre Betriebe schließen. Georg Sammeth wird Aufsichtsratsmitglied der Brauerei Armbruster, Otto Munding jun. wird in deren Betriebsleitung eintreten.

Essenburg, 14. April. Der Stadtrat und die Saalbauergesellschaft Union haben sich auf einen Kaufpreis von 120 000 M., zu dem die Stadtverwaltung den Saalbau Union erwerben will, geeinigt.

Billingen, 14. April. Zwischen Aulen und Grünungen wurde die Leiche des Auton Gönner auf dem Bahnhöfen der Schwarzwaldbahn aufgefunden. Ein Arm und ein Fuß waren ihm abgehauen worden. In diesem Zustand mußte Gönner eine Nacht daliegen und ist dann wahrscheinlich infolge einer Verblutung gestorben.

Letzte Nachrichten.

Frankfurt, 14. April. Der französische General Demey hat die beiden Redakteure, die den Protest der Frankfurter Presse gegen die harte Bestrafung eines Redakteurs wegen angeblicher Verbreitung falscher Nachrichten unterzeichnet hatten, „wegen Mangels an Ehrerbietung“ mit je 1000 Mark Geldbuße belegt.

Heute nachmittag sind belgische Truppen in Frankfurt eingezogen.

Plauen i. V., 14. April. In Jägersgrün ist eine liegende Kraftwagenkolonne der Reichswehr eingekerkert, die die Verfolgung der in alle Richtungen zerstreuten Rotgardisten ausgenommen hat. In den umliegenden Wäldern wurde vereinzelt geschossen, wobei einige Rote getötet und verwundet wurden. Bis jetzt sind 72 Banditen eingekerkert, darunter zwei aus Russland. Auch in Falkenstein ist heute Reichswehr eingekerkert, 500 M. war kurz zuvor geflüchtet und soll sich nach Gottesberg (Schlesien) gewandt haben.

Dresden, 14. April. Truppen besetzten heute Klingenthal, Falkenstein und Plauen. Personenkraftwagen und Waffen wurden erbeutet. Weitere Truppen sind in der Gegend von Burgstädt und südwestlich und östlich Chemnitz eingekerkert. Das Stadtgebiet von Chemnitz wurde nicht besetzt.

Aus dem besetzten Gebiet.

Kachen, 14. April. In Eupen, Malmedy und Monschau ist der Generalstreik ausgebrochen als Protest gegen die Inbesitznahme der Bahnlinie von Monschau durch die Belgier. Es haben große deutsch-vaterländische Kundgebungen stattgefunden.

Italien und Oesterreich.

Berlin, 14. April. Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet: Staatskanzler Renner hat dem römischen Berichterstatter des „Matin“ mitgeteilt, daß Italien an Oesterreich sofort einen Vorschuß von 20 000 Tonnen Mehl und Getreide geben werde, daß es ferner teilnimmt an dem Kredit für Rohstoffe, daß es einverstanden ist, daß ein Teil der österreichischen Schuld gestundet werde, daß Oesterreich juristisch und kaufmännisch Gegenleistung bewilligt werde. Italien verpflichtet sich, Oesterreich mit 50 000 Tonnen Steinkohlen auszuheizen und den Handel von Triest kräftig zu unterstützen, da beide Länder daran ein Interesse haben.

Generalstreik in Turin.

Mailand, 14. April. In Turin ist der Generalstreik erklärt worden, da zwischen den Industriellen und den Metallarbeitern keine Einigung erzielt wurde.

Bern, 14. April. Die Schweizer Regierung ist nach Blättermeldungen über das Verlangen der Entente, daß Deutschland seine Einwohnerwehren abschaffen soll, im Hinblick auf die Umsturzbestrebungen der bolschewistischen und kommunistischen Parteien beunruhigt. Die „N. Züricher Btg.“ schreibt, in Paris werde die Gefahr bolschewistischer Ausschreitungen zu wenig ernst genommen. Die Schweiz hege ernste Besorgungen und das dürften die Westmächte würdigen.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

New York, 15. April. Die Lage im Eisenbahnerstreik im Osten ist noch sehr ernst. Im Westen hat sie sich gebessert. In Ohio zählt man immer noch über hunderttausend Arbeitslose.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 15. April. Nach einer Meldung aus Rom befehlen die Friedensbedingungen Vorkriegsgegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, eine Kriegsschadigung von 2 Milliarden in Gold, Abgabe des Eisenbahnmateriale sowie der Maschinen und des weggeführten Eigentums der Banken, wofür eine weitere Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gefordert wird. Außerdem verlangt Letland einen Anteil an dem russischen Goldbesitz.

Die Reichswehr im Vogtland.

Leipzig, 15. April. In dem amtlichen Bericht aus dem Vogtland heißt es: Bei den gestern gemeldeten Zusammenstößen mit der Hölz-Bande südlich Naun-ten-Kranz hatten die Truppen keine Verluste. Die Zahl der hierbei gemachten Gefangenen hat sich auf 100 erhöht. Erbeutet wurden 1 Maschinengewehr, 300 Gewehre, und verschiedene Personentransportwagen, darunter der von Hölz mit dessen Hut. Hölz ist angeblich in Frauen-Neidern entkommen. Die Bahnlinie Klingenthal-Fal-tenstein ist an mehreren Stellen durch Zerstörung der Gleise unterbrochen. Bei Annäherung der Truppen hat der „Aktionsausschuß“ in Burgstädt die Stadt ver-lassen. Leutersdorf und Umgebung wurde gestern nach-mittag, Hohenstein-Ernstthal heute morgen kampflos besetzt. Ueber die Amtshauptmannschaft Glauchau ist gestern der Ausnahmezustand verhängt worden. Es hat sich dort ein neues Brandkomitee gebildet. Ein neu-gegründeter Bürgerausschuß organisierte eine bewaffnete Abwehr gegen den Roten Terror.

Breslau, 15. April. Eine Arbeiterversammlung stellte an die Abstimmungskommission der Verbündeten in Duppeln die Forderungen, daß der Familie des er-mordeten Gütervorstehers 100 000 Mk. in Gold und den weiteren Verletzten eine Entschädigung gezahlt werde. Klein-französischer Soldat soll außer Dienst Wajsen tragen und der Befehlshaber habe darauf zu achten, daß der Be-völkerung gegenüber die Gesetze der Menschlichkeit geachtet werden. Der Täter soll bestraft werden. Im Falle der Ablehnung wurde mit dem Generalfeldzug gedroht. Nach Schluß der Versammlung kam es zu einer Schlägerei mit französischen Soldaten. Auf beiden Seiten gab es Ver-letzte. Die Bestrafung wurde zugesagt.

10tägige Landesperre in Polen.

Danzig, 15. April. Zur Durchführung der Abstim-melung der Kronen-Banknoten wird von Mit-ternacht 16./17. April bis Mitternacht 26./27. April der ganze Verkehr und Güterverkehr zwischen Polen und dem Ausland gesperrt. Die Abstimmungsgebiete gelten als Ausland. Der Durchgangsverkehr von Deutsch-land nach Ostpreußen wird beschränkt aufrechterhalten.

Die Noten werden nicht veröffentlicht.

London, 15. April. Bonar Law erklärte im Unterhaus, der französisch-englische Notenwechsel über die Besetzung von Frankfurt und der umliegenden Städte werde nicht veröffentlicht werden.

Paris, 15. April. Wie das „Echo de Paris“ er-fährt, wird auch der italienische Botschafter der heu-tigen Sitzung der Botschafterkonferenz wieder beiwohnen.

— **Württemberg nur ein Wahlkreis?** Bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit wird es, nach dem „N. Tagblatt“, in politischen Kreisen für zweifel-haft gehalten, ob es noch möglich sein wird, das neue Reichstagswahlgesetz mit der erforderlichen Grundlichkeit durchzuberaten. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, die kommenden Reichstagswahlen nach einem im Verhält-nis zum Entwurf vereinfachten Wahlverfahren auf der Grundlage der Wahlkreiserteilung bei der National-

versammlungswahl vorzunehmen. Damals bildete be-kanntlich Württemberg und Hohenzollern zusammen einen einzigen Wahlkreis.

Wolfsach, 15. April. (Großer Brand.) Der gro-ße Klausenhof der Frau Friedr. Schwendemann Wwe. in Welschensteinach ist, vermutlich durch Brand-stiftung, vollständig niedergebrannt. Der Schaden wird auf 130 000 Mark geschätzt. Die Besizerin hat im Krieg drei Söhne verloren. Nun sollte die Hochzeit der Tochter stattfinden, die den Hof übernehmen wollte. Der Brand hat ihre Heimat vernichtet.

Konstanz, 15. April. Während eines Familienstreites schoss Polizeiergeant Paul Neundorfer auf seine Frau und brachte ihr einen schweren Bauchschuß bei.

Piratenkum am Rhein. Nach einer Mainzer Meldung der Frankfurter Zeitung hat sich auf dem Rhein ein förmliches Piratenwesen herausgebildet. So wurde dieser Tage ein bei Niederstein angekommenes Kohlenkessel von einer ganzen Raub-flotte regelrecht überfallen und ausgeplündert. Von dem Schiff wurden 800 Zentner Kohlen und 100 Zentner Koks gestohlen. Von den Tätern konnten 15 festgenommen werden, ebenso acht Dieb-ler. Die gestohlenen Brennstoffe wurden teilweise wieder beigebracht.

Lokales.

— **Die Reichstagswahl** soll nach der Soz. Korr. erst am 13. nicht 6. Juni stattfinden.

ep. **Zur Frage der Kirchensteuer.** Manche Ge-meinden sind bisher ohne Kirchensteuer ausgekommen. Nun ist aber alles soviel teurer geworden, daß die alten Einnahmequellen, Opfer, Gebühren, Pachtzinsen u. ä., nicht mehr zureichen, und kaum eine Gemeinde wird sich länger der Notwendigkeit verschließen können, nun auch eine Kirchensteuer einzuführen. In den Städten hat sich die Kirchensteuer schon lang als notwendig und als durchführbar erwiesen; man wird auf dem Lande dem Gedanken auch näherzutreten müssen. Wir werden uns überhaupt mehr als bisher daran zu gewöhnen haben, daß wir für kirchliche Bedürfnisse Opfer bringen müssen. In einer christlichen Gemeinde gehört auch in diesem Stück die Gemeinschaft des Lastentragens.

— **Die Elementarschulen** bleiben in Württemberg jedenfalls für das Jahr 1920 bestehen. Die Einrich-tung der sogenannten Grundschulen, durch die die Ele-mentarschulen ersetzt werden sollen, kann vor dem nächsten Jahr nicht erfolgen.

— **Zur weiteren Beschaffung von Lebensmitteln** wird die Reichsregierung demnächst einige Milliarden anfordern. Bis jetzt sind für diesen Zweck 7 1/2 Mil-liarden aufgebracht worden.

— **Entschädigung für Postpakete.** Die Entschä-digung für in Verlust geratene gewöhnliche Postpakete wird pro Pfund von 3 Mk. auf 10 Mk. erhöht. Man hofft, daß dadurch die Sendung von Wertpaketen, die in erschreckendem Maße angewachsen ist, zurückgehen wird.

— **Vorsicht bei Annahme von Dienststellen im Ausland.** Die „Nottensburger Zeitung“ veröffent-licht einen Brief eines deutschen Dienstmädchens aus Zürich, in dem es heißt: „Viele Mädchen klagen, daß sie sehr Hunger leiden müssen. Ich rate niemand, nach

Zürich zu kommen. Für ein Jahr Ausenhaltsbewilli-gung mühte ich 30 Franken zahlen, 36 Franken Steuer und 47 Franken Krankengeld! Für Zürich besteht eine Verordnung, daß kein deutsches Mädchen ihre Stelle wechseln darf. Es muß bleiben, ob es ihr gefällt oder nicht. Andernfalls wird es sofort ausgewiesen. Läst sich ein deutsches Mädchen das Geringste zu schulden kommen, wird es durch die Polizei nach Deutschland be-fördert.“

— **Die Einfuhr von Baumwollgarnen aus dem Elsaß.** Die Abg. Habermehl, D. Meyer und Wager (D.nat.Bp.) haben folgende kurze Anfrage im Landtag eingebracht: Ist der Regierung bekannt, daß seitens der badischen Textilindustrie mit dem Elsaß Verträge abge-schlossen werden, wodurch die Beschäftigung von vielen Arbeitern mehr als sonst ermöglicht wird und daß der Industrie auf Anfrage seitens der Reichswirtschaftsstelle erklärt wurde, daß die Einfuhr von Baumwollgarnen aus dem Elsaß zu die-sem Zweck vollständig frei sei, daß aber Einfuhrzoll (Goldzoll) erhoben, daß dadurch die elssässischen Fabri-kanten die Abschlüsse aufheben und der ganze Lohnge-schäftsverkehr vernichtet wird?

RL. **Das badische Kunsthandwerk auf der Leip-ziger Messe.** Die Landeswirtschaftsstelle für das badi-sche Handwerk hat durch ihre Umsichtigkeit und Ge-schäftsklugheit dem badischen Handwerk einen schönen Erfolg beschert. Schon auf der Herbstmesse 1919 stadierte eine Kommission die Abnahmlichkeiten für das badische Kunstgewerbe und in diesem Jahre wurde durch die inzwischen gegründete „Badische Kunsthandwerk G. m. b. H.“ in Karlsruhe die Frühjahrsmesse in Leipzig mit Erzeugnissen der badischen Kunsthandwerk be-schickt. Der Zweck dieser Maßnahme war vor allem, den Zwi-schenhandel auszuschalten und dem Kunsthandwerk die Vorteile einer guten kaufmännischen Leitung des Ver-kaufs zu verschaffen. Der Erfolg war sehr gut, denn sehr erhebliche Aufträge war der Lohn und was ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient, Kunsthand-ler aus Berlin, München, Düsseldorf, Hamburg, Kopen-hagen, Amsterdam, Wien usw. bemühten sich, eine Ver-tretung der „Badischen Kunsthandwerk“ in Karlsruhe zu bekommen. Man sieht also auch hier wieder, was der Genossenschaftsgedanke vermag, wenn er nur richtig er-faßt und ausgenutzt wird.

— **Der Margarinepreis** wurde vom Reichswirt-schaftsamt ab 1. April auf 18 Mk. das Pfund, also um mehr als das Doppelte erhöht. — Nach der Marmelade, dem Kunstbrot, dem Brot und Mehl noch das Geschmier von Margarine! Unter 100 Prozent auf einmal geht es scheint nicht mehr. Es wird immer ungemühtlicher.

An die Bezahler des Wildbader Tagblattes. In letzter Zeit häufen sich die Klagen über unregel-mäßige Zustellung unserer Zeitung. Durch Heranziehung zuverlässigen Trägerpersonals hoffen wir in nächster Zeit diesen Mißstand beheben zu können und bitten unsere verehrlichen Abonnenten bis dahin um Nachsicht. Verlag u. Exped. des Wildbader Tagblattes.

Feintalg-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarkt 4 wird Feintalg oder Lopefett abgegeben, jedoch nicht an Kuhhalter. Listen-Schluß Samstag abend 6 Uhr. Lebensmittelamt Wildbad.

Kohlraben.

Der Rest von Kohlraben wird am Samstag von 8—12 Uhr vorm. in der Rath'schen Scheuer am Bahnhof abge-gaben. — Ztr. 8 Mk. Lebensmittelamt.

Abgabe von Stiefeln u. Schuhen.

Nachfolgende Nummern erhalten instandgesetzte Stiefel: 14, 19, 66, 100, 123, 174, 181, 236, 260, 347, 361, 365, 367, 379, 451, 517, 526, 573, 611, 624, 656, 657, 668, 694, 698, 734, 751, 760, 844, 853, 857, 867, 871, 876, 885, 930, 936, 994, 998, 1013, 3011, 3040, 3061, 3065, 3083. Schuhe erhalten: 18, 22, 73, 87, 93, 101, 360, 363, 370, 447, 507, 529, 532, 619, 661, 671, 681, 683, 710, 715, 728, 842, 906, 955, 981, 1035, 2007, 2019, 2026, 3006, 3007, 3025, 3058. Die Abgabe der neuen Herren-Schuhe (zu Mk. 52,50) erfolgt am Montag von 9—10 Uhr, der instandgef. Inf.-Stiefeln (zu Mk. 17,80) von 10—1/2 12 Uhr. Städt. Lebensmittelamt.

Forstamt Wildbad.

Es wird vergeben: zirka 500 Rm. Stockholz im Boden zum Sprengen und aufbereiten, in der Abt. 28 und 29. Die Befuhr auf Station Wildbad ist mit inbe-griffen. Offerten bis längstens Samstag, 17. April 1920 an die Exped. ds. Blattes.

Versteigerung.

Montag, den 19. April, morgens 9 1/2 Uhr, kommen folgende Gegenstände zur Versteigerung: 1 Plüschmöbelgarnitur grün, 1 vollst. Bett hell eiche, Tische, Handtuchständer, 1 eiserne Bettstelle, 1 größerer Küchenschrank, 1 kleiner Herd mit Emailleeschiff, 1 kupferne Caffe-maschine 7 Ltr. haltend, 1 Fischkessel, 30 St. bereits noch neue Gartenstühle und Tische, 1 Eismaschine, Treppenläufer und noch ver-schiedenes. Hotel Stolzenfels.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns alle Verwandte, Freunde und Bekannte besonders alle Schulfameraden und Kameradinnen zu unserer am Samstag, den 17. April 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasth. z. Eisenbahn freundlichst einzu-laden und bitten dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Siegfried Mundinger
Berta Rieginger

Rückgang um 1/2 12 Uhr von der „Rose“ aus.

Freunde und Bekannte werden zu der Abschieds-Feier

des scheidenden Herrn Lehrer Wanner auf Sonntag, den 18. April, abends 7 Uhr, ins Hotel Maisch freundlichst eingeladen. 1. A.: Stadtpf. Fischer.

Evang. Volksschule Wildbad. Die diesjährige Schüler-Aufnahme

findet am Dienstag, den 20. April, vorm. 9 Uhr statt. Die Knaben sind anzumelden bei Herrn Lehrer Collmer (Schulzimmer Nr. 22, 2. Stock) und die Mädchen bei Hrn. Lehrer Hojler (Schulzimmer Nr. 24, 2. Stock). Sämtliche in der Zeit vom 1. Mai 1913 bis 30. April 1914 geborenen Kinder sind zum Eintritt in die Schule gesetzlich verpflichtet. Wildbad, den 16. April 1920.

Der Schulvorstand:
Rektor Eppler.

Dresdener Bank

Aktienkapital und Reserven
Mark 340 Millionen
Stuttgart — Cannstatt — Heilbronn
Ulm.

Schuhhaus Wilh. Treiber, Wildbad.



Wenn Du eleganten Schuhwerk haben willst — Denk nur an die Überall

bekannte Marke

MERCEDES

Herde, Oefen, Waschkessel, empfiehlt in reicher Auswahl. Fr tz Krauss, Wilhelmstr. 148.

Ein paar Arbeiterstiefel Größe 42 zu verkaufen. Drebingen.

Eine Ziege mit Jungen, hat preiswert zu verkaufen. F. Fleck, Villa Jungborn.

Zu verkaufen eine wenig getr. Feldbluse, ein Paar neue ungebrauchte Kommissärnürschuhe Größe 44—45 und ein Paar getr. Halbtiefel Größe 39. Wo sagt die Exped. ds. Bl.

Kaufe alte Grammophonplatten auch Bruch. per Kg. 10.— Richard Curth, — Musikhaus — Pforzheim, Leopoldstr. 17 (Rossbrücke Kiedalsch-Arkaden).

Möbl. Zimmer für dauernd sofort gesucht. Dr. A. Schurr, Reformschule. Eine gutehaltene eiserne **Bettstelle** samt Matratze ist billig zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped. dieses Blattes.

Kaufe dauernd Hühner zahle höchste Preise. Dornbach Köln-Sülz 54 Regelinstraße, 58.